

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/5

Bonn, den 13. März 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 Schöpferische Unruhe 50

Die SPD vor dem Bundesparteitag in Nürnberg

2 Hessen an der Spitze 47

Das Realsteueraufkommen liegt über dem Bundesdurchschnitt

3 Elektronengehirne erobern die Amtsstuben der Bundesrepublik 49

Aber es fehlt das einheitliche System
Notwendig ist ein Verwaltungsabkommen zwischen
Bund und Ländern

ANHANG

1 - 4 Eine Frau steht "ihrem Mann" 172

Gespräch mit Käthe Strobel,
Bundesminister für Gesundheitswesen

Geführt und aufgezeichnet von G. Markscheffel

* * *

Schöpferische Unruhe

Die SPD vor dem Bundesparteitag in Nürnberg

sp - Je näher der Bundesparteitag der SPD heranrückt, um so eifriger üben sich zahlreiche Zeitungsredaktionen in Überlegungen darüber, wie, wann und mit welcher Brisanz der "Aufstand des Parteivolkes gegen den Vorstand" ausbrechen wird. Das ist eine begrüßenswerte Übung; sie zeigt, wie großen Anteil die deutsche Öffentlichkeit an der Entwicklung der SPD nimmt.

Je nach Temperament und Neigung werden gelegentlich auch lokale Unmutäußerungen registriert. Es soll sogar schon vorgekommen sein, daß der Vorsitzende eines kleinen Ortsvereins den Vertreter der örtlichen Presse zu sich bestellt hat, um zu erreichen, daß seine Stellungnahme zu diesem oder jenem Vorgang gebührende Beachtung findet. Wenn der betreffende örtliche Berichterstatter dann noch zufällig Mitarbeiter einer überregionalen Agentur ist, dann kann es vorkommen, daß die Meldung aus X-dorf in Süddeutschland plötzlich zu einer Schlagzeile auf der ersten Seite einer Zeitung in Norddeutschland wird. Und damit die Geschichte dann auch richtig hinhaut, macht der Überschriftenredakteur aus der persönlichen Meinungsäußerung einen "Knüller", der so aussieht, als ob sich die ganze SPD zu Wort gemeldet hätte...

Natürlich ist es in der SPD unruhig; man könnte auch sagen, Gott sei Dank! Wenn sich eine Partei mit über 750 000 Mitgliedern auf ihren Bundesparteitag vorbereitet, wenn in allen Ortsvereinen, Unterbezirks- und Bezirkskonferenzen über die Politik der Partei diskutiert wird, dann müßte die Sozialdemokratie schon ein lahmer Verein sein, wenn nicht überall Mitglieder aufstünden, die meinen, Parteivorstand und Bundestagsfraktion sollten ihre Arbeit noch besser machen als bisher.

Recht und Pflicht jedes Sozialdemokraten ist es, die Politik der Gesamtpartei mitzugestalten. Das ist schon seit über hundert Jahren in dieser größten demokratischen Partei Deutschlands so und das wird sich auch nicht ändern. Von diesem Recht und von dieser Pflicht macht jeder selbstbewußte Sozialdemokrat Gebrauch. Täte er es nicht und hätten seine Väter und Großväter es nicht getan - die SPD wäre in den Stürmen des vergangenen Jahrhunderts schon längst in der Versenkung verschwunden, wie alle Parteien, die jemals in der Geschichte Deutschlands vorübergehend eine Rolle gespielt haben.

Es kann sein, daß der Nürnberger Parteitag noch interessanter wird als frühere Parteitage. Hoffentlich! Diese Hoffnung ist dadurch bedingt, daß die SPD seit 17-jähriger Opposition in der Bundesrepublik ihren ersten Parteitag abhält, auf dem sie in der Regierungsverantwortung steht. Sie ist heute mit einem über 40-prozentigen Wähleranteil voll verantwortliche Mitgestalterin des Schicksals unseres Volkes. Auch in der Opposition war die SPD stets verantwortungsbewußt. Heute jedoch ist jeder von ihr ausgehende Vorschlag zur Festigung des demokratischen Staates, zur Sicherung der Währung und zur weiteren Entwicklung der Wirtschaft praktische Politik, die in Einklang gebracht werden muß mit einem Partner, dessen Vorstellungswelt sich in vielen von der eines Sozialdemokraten unterscheidet. Wenn unter diesen Umständen in der Partei nach vorwärts gedrängt wird, oder wenn hier und dort auch Unmut über noch nicht Erreichtes zum Ausdruck kommt, dann ist dies der beste Beweis für die Kraft zur Erneuerung, die in der Sozialdemokratie immer vorhanden war und bleiben wird.

Hessen an der Spitze

Das Realsteueraufkommen liegt über dem Bundesdurchschnitt

sp - Das Realsteueraufkommen der hessischen Städte und Gemeinden liegt wesentlich über dem Bundesdurchschnitt. Nach den vom Statistischen Bundesamt angestellten Untersuchungen für das Haushaltsjahr 1966 wurden je Einwohner im Bundesdurchschnitt 223,24 DM von den Kommunal-kassen vereinnahmt. In Hessen betrug das Realsteueraufkommen je Einwohner im gleichen Jahr 250,88 DM.

Ein echter Vergleich über das Realsteueraufkommen der Bundesländer ergibt sich jedoch erst, wenn man die drei Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg wegen deren besonderer Situation ausklammert. Dann ergibt sich für die besser vergleichbaren Flächenstaaten der Bundesrepublik ein Durchschnitt von 218,66 DM je Einwohner. Die hessischen Gemeinden stehen dann mit einem Realsteueraufkommen von 250,88 DM weit an der Spitze der Flächenstaaten vor Baden-Württemberg mit 246,27 DM, Nordrhein-Westfalen mit 242,43 DM und Bayern mit 192,43 DM. In Niedersachsen wurde vom Statistischen Bundesamt für 1966 ein Realsteueraufkommen von 190,05 DM je Einwohner ermittelt, in Rheinland-Pfalz von 189,77 DM, in Schleswig-Holstein von 166,80 DM und im Saarland von 125,58 DM.

Die Spitzenstellung der hessischen Gemeinden ist zu einem erheblichen Teil darauf zurückzuführen, daß die sozialdemokratische Landesregierung in Wiesbaden seit Jahr und Tag eine besonders intensive und ausgeprägte Strukturpolitik betreibt und durch stete Verbesserung der Infrastruktur und der Gemeinschaftseinrichtungen die finanzielle Leistungsfähigkeit ihrer Städte und Gemeinden steigert. Darüber hinaus gewährt Hessen seit 1956 im Rahmen eines Steuerverbandes seinen Gemeinden erhebliche Zuschüsse, die heute bis an die Grenzen der finanzieller Möglichkeiten des Landes reichen. Die Bedeutung, die der Stärkung der Gemeindefinanzen in Hessen durch Landeszuschüsse zukommt, ergibt sich aus einem eindeutigen Beweis der Gegenüberstellung. Das Realsteueraufkommen in den hessischen Gemeinden, das sich aus den Grundsteuern A und B, der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital sowie der Lohnsummensteuer zusammensetzt, erreichte im Jahr 1966 eine Höhe von knapp über 1,3 Milliarden DM. Das aber ist genau die Summe, die das Land Hessen allein in diesem Jahr mittelbar und unmittelbar seinen Städten, Gemeinden und Landkreisen zugute kommen läßt.

Die hessische Landesregierung hat von sich aus zur Stärkung der Gemeindefinanzen und damit der kommunalen Selbstverwaltung viel getan; sie hat aber auch schon vor Jahren mahnend und vorausschauend darauf hingewiesen, daß es Aufgabe einer umfassenden Finanzreform sein muß, die Gemeinden ihrer Bedeutung für den demokratischen Aufbau entsprechend finanziell besser auszustatten. Finanzminister Albert O s s w a l d hat bei der Vorlage des Landeshaushalts 1966 vor dem Hessischen Landtag noch einmal klipp und klar erklärt: "Der wichtigste Schritt der gesamten Finanzreform liegt in der Aufgabe, die Gemeindefinanzen neu zu ordnen. Bei der Gemeindefinanzreform geht es darum, ein neues System zu schaffen, das eine ausreichende Verstärkung der kommunalen Finanzmasse gewährleistet und das gleichzeitig geeignet ist, die kommunale Selbstverwaltung besser zu verankern."

Elektronengehirne erobern die Amtsstuben der Bundesrepublik

Notwendig ist ein Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern

nn - Die Elektronengehirne sind dabei, sich die Amtsstuben der Behörden und Verwaltungen in der Bundesrepublik zu erobern. Man folgt manchem anderen Staat zwar ein wenig spät, aber trotzdem: Das Verwaltungswissen wird in Magnetspeichern zunehmend gestapelt und in mancher gewünschten Form auf Knopfdruck hin vom Computer ausgestoßen.

Schon 1959 wurde in Dänemark auf gesetzlicher Grundlage eine Datenbank für Staat, Städte und Kommunen gegründet. Die Schweiz ist längst in etwa gefolgt. Auch die schwedischen Computer halten Daten unabhängig von kommunalen Grenzen oder Verwaltungszuständigkeiten parat. In jedem dieser Staaten stehen zwischen 300 und 800 öffentliche Bedienstete im Dienst der Computer. Sie leisten mit ihren elektronischen Gehilfen etwa soviel wie 6.000 bis 16.000 öffentliche Bedienstete erledigen könnten. In den staatlichen Datenzentralen beginnt man, die gesamte Bevölkerung aufzunehmen, einschließlich von Blutspendekarteien und Fernschreibnetzverbindungen in die Polizeizentralen zwecks Verbrechensbekämpfung.

Elektronengehirne von heute eignen sich zur Aufnahme ganzer Grundstücksregister und der Berechnung von Grundsteuern. Die Kraftfahrzeugsteuer kann blitzschnell durch Computer errechnet werden, die den gesamten Kraftfahrzeugbestand eines Staates in ihren Magnetspulen aufbewahren. Die zentrale Anweisung aller Rentenzahlungen oder etwa aller Beamtengehälter ist möglich und wird bereits praktiziert.

Die unterschiedliche Aufgabenstellung, die noch nach jeder Seite ergänzt werden kann, setzt aber zweierlei voraus: In der Bundesrepublik kann nicht jede Gemeinde, jedes Bundesland, jede Stadt und jede Bundesbehörde einen eigenen Computer im Keller besitzen. Es ist nicht mehr angängig, daß die Programmierer und Lenker der Elektronengehirne ihre Systeme für ihren engen Amtsbereich entwickeln und nicht einheitlich von öffentlichen Spezialschulen mit guten Zukunftsaussichten ausgebildet werden.

In der Bundesrepublik ist es bei den in ziemlichem Umfange schon vorhandenen Computern zunehmend zu unnötiger Parallel-Arbeit und einem gewissen Durcheinander gekommen. Beamte, die nicht sorgfältig ausgebildet waren, richteten in einigen Bundesländern bei der Computer-Auszahlung von Beamtengehältern höhere Schäden als Vorteile an. Es ist bekannt: Fünf Bundesbehörden, elf Länderdienststellen und 60 kommunale Verwaltungsstellen bedienen sich völlig verschiedener Organisationsformen und Programme für die Anweisung von Besoldung und Versorgungsbezügen. Das alles könnte ohne weiteres nach einem einheitlichen System von großen Zentralcomputern mit einem Bruchteil an Aufwand erledigt werden.

Die Karteien, Register und Magnetbänder-Inhalte weichen von Amt zu Amt erheblich voneinander ab, so daß beispielsweise eine zentrale Verbrechensbekämpfung oder Kraftfahrzeugsteuererhebung einfach nicht möglich ist. Zwar wird die zentrale Verbrechensbekämpfung mit Computern bei der Polizei aufgebaut; es sind auch Fortschritte zu verzeichnen, aber die Durchlässigkeit in die anderen Programmierungssysteme fehlt.

Es wäre gut, wenn sich Bund und Länder zu einem Verwaltungsabkommen über Computer und Computerausbildung zusammenfinden würden.

Eine Frau steht "ihren Mann"

Gespräch mit Käthe Strobel, Bundesminister für das Gesundheitswesen

Geführt und aufgezeichnet von G. Markscheffel

"Klein aber oho" könnte man sagen, wenn man Käthe Strobel, Bundesminister für das Gesundheitswesen, gegenübersteht. Diese Frau, seit gut einem Jahr erst im Amt, hat schnell der deutschen Öffentlichkeit und ihren Mitarbeitern begreiflich gemacht, daß jeder mit ihr rechnen muß. Auch ihre Kabinettskollegen wissen das. Spätestens nach der dritten Kabinettsitzung war bekannt: Käthe Strobel meldet sich nicht nur zum Wort, wenn ihr "Ressort" zur Debatte steht, sondern auch dann, wenn allgemeine politische Entscheidungen von großer Tragweite zu fällen sind.

Keine "Spezialistin"

Das ist nicht erstaunlich. Käthe Strobel ist keine Spezialistin im Sinne eines eng begrenzten Aufgabenkreises. Die Tochter eines Nürnberger Arbeiters hat schon sehr jung den Weg zur Politik gefunden. Kaum eine Aktivität des öffentlichen Lebens ist ihr fremd. Sie weiß in der Kommunalpolitik und -verwaltung Bescheid, sie kennt die Landespolitik, hat viele Jahre in der Sozialfürsorge gearbeitet und kam schließlich als Expertin für Verbraucherfragen in die "Große Politik". Seit 1949 gehört sie als Nürnberger SPD-Abgeordnete dem Deutschen Bundestag an.

Bald hatte man hier erkannt, daß Käthe Strobel "ihren Mann" steht. Schnelle Auffassungsgabe und unermüdlicher Fleiß sicherten ihr einen hervorragenden Platz in der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion. Als die Europapolitik immer mehr an Bedeutung gewann, wurde Käthe Strobel in das Europäische Parlament in Straßburg gewählt. Hier konzentrierte sie sich zunächst ganz auf die europäischen Verbraucherprobleme. Bald aber wuchs sie auch dort über sich hinaus, und als im Straßburger Parlament vor nunmehr acht Jahren die einzelnen politischen Gruppierungen der sechs EWG-Staaten Fraktionen bildeten, wurde Käthe Strobel zur Vorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament gewählt.

Der Aufstieg

Wer gedacht hätte, diese einfache Frau würde vielleicht auf dem Parkett der internationalen Politik nicht zurecht kommen, sah sich bald getäuscht. Vom Vertrauen ihrer Gesinnungsfreunde getragen und geachtet wegen ihrer vielfältigen Sachkenntnisse rückte sie in kurzer Zeit zur unbestrittenen Spitzengarnitur in der Europapolitik auf.

Aus allen diesen Gründen war es nur zu natürlich, daß die SPD Käthe Strobel zu Beginn des Wahlkampfes 1965 in die Regierungsmannschaft wählte. Als ein Jahr später die CDU/CSU-FDP-Regierung zurücktreten mußte und die Regierung der Großen Koalition gebildet wurde, gab es überhaupt keinen Zweifel darüber, daß Käthe Strobel ein wichtiges Regierungsamt übernehmen mußte.

Es ist ihr nicht leicht gefallen, von der Europapolitik Abschied zu nehmen. Aber als Politikerin mit großen allgemeinpolitischen und organisatorischen Erfahrungen zögerte sie keinen Augenblick, als ihr das Ressort des Gesundheitsministers angeboten wurde.

Die Praxis als Beispiel

Seit über einem Jahr steht Käthe Strobel nun an der Spitze dieses Ministeriums, das gewiß nicht zu den größten gehört, dessen Bedeutung jedoch gerade in einer Zeit großer gesellschaftspolitischer und struktureller Umwälzungen immer mehr an Bedeutung gewinnt.

Käthe Strobel sieht ihre Aufgabe nicht in einer eng begrenzten Beobachtung oder Koordinierung gesundheitspolitischer Maßnahmen. Sie will erreichen, daß schon in dieser Legislaturperiode die Probleme der Gesundheitspolitik in den Rahmen der allgemeinen Politik gestellt werden. Sie hat auch bestimmte Vorstellungen von dem, was notwendig ist. Und wenn man mit ihr spricht, kann sie gleich eine Fülle von Beispielen dafür aufwarten, was in der Bundesrepublik in der Gesundheitspolitik nicht "funktioniert" und was deswegen nach ihrer Meinung geändert werden muß.

Von 100 Todesfällen - so hat Käthe Strobel ermitteln lassen - sind etwa 30 auf falsche Ernährung zurückzuführen. Umweltschäden und Zivilisationskrankheiten stehen an der Spitze der Ursachen dessen, was man vielfach "das allgemeine Unbehagen" nennt.

Noch viele Aufgaben

Dazu kommt die große und noch unbewältigte Aufgabe zur Früherkennung von Gesundheitsschäden, der Feststellung ihrer Ursachen und ihrer Bekämpfung. Die Einflüsse des Lärms im täglichen Leben, die Verschmutzung von Luft und Wasser und eine noch nicht völlig zeitgerechte Gesetzgebung zur Bekämpfung dieser die Gesundheit vieler Menschen bedrohender Zivilisationserscheinungen - alles das will Käthe Strobel unter der Begriff "Gesellschaftspolitik" in Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angriff nehmen. Nicht zuletzt sind die sehr vielschichtigen Probleme der Überwachung unserer Lebensmittel auf gesundheitsgefährdende Bestandteile zu beachten.

Käthe Strobel glaubt nicht, daß dies alles ohne eine auf lange Sicht angesteuerte Koordination mit den vielen Sparten der eigentlichen Sozialpolitik bewältigt werden kann. In dieses Kapitel gehören auch alle Fragen, die im Zusammenhang mit der Modernisierung und Wirtschaftlichkeit unserer Krankenhäuser stehen, wobei sich gewisse Hemmungen der konkurrierenden Gesetzgebung zwischen Bund und Ländern bei dem Versuch der allgemeinen Leistungssteigerung immer wieder abzeichnen.

Gesundheitspolitik ist Gesellschaftspolitik

Wenn man Käthe Strobel fragt, was sie nach einem Jahr ihrer Tätigkeit als Bundesgesundheitsminister besonders positiv wertet, wird sie sehr nachdenklich. Bei ihrer Antwort stellt sie zunächst das Negative in den Vordergrund. Da ist z. B. der Hinweis darauf, daß ihr Ministerium im Verhältnis zu den hier nur kurz skizzierten Aufgaben personell unterbesetzt ist. Mit etwa 300 Bediensteten, so meint der Bundesgesundheitsminister, sei es schon physisch kaum möglich, allen jenen Anforderungen gerecht zu werden, die das Gesundheitswesen eines modernen Industriestaates als Selbstverständlichkeit voraussetzt. Sie macht sich nicht viel Hoffnung, daß sich dieser Zustand bald ändern könnte. Trotzdem will sie versuchen, auch mit Hilfe der Landesregierungen, jene Kräfte zu mobilisieren, die schon in früheren Jahren auf Landesebene hervorragendes geleistet haben.

Dem Bundesgesundheitsminister schwebt auch eine intensivere Einschaltung der Universitäten mit ihren oft unabhängig voneinander arbeitenden Forschungsinstituten vor, um die gewaltigen Aufgaben einer modernen Gesundheitspolitik bewältigen zu können.

Nicht etwa resignierend, aber doch realistisch fügt sie solchen Betrachtungen hinzu, daß dies alles seine Zeit brauche und daß auch für ihre Tätigkeit der Satz gelte: "Was in fast zwei Jahrzehnten nicht geordnet oder verabsäumt wurde, kann nicht in ein oder zwei Jahren auf den Stand einer wirklich modernen Gesundheitspolitik gebracht werden."

Zunehmende Erkenntnis in der Öffentlichkeit

Trotzdem bleibt Käthe Strobel optimistisch. Als Positivum ihrer bisherigen Tätigkeit wertet sie die zunehmende Erkenntnis in der deutschen Öffentlichkeit, daß die Gesundheitspolitik nicht ein sogenanntes "Fachgebiet" ist, sondern Gesellschaftspolitik im besten Sinne des Wortes. Etwas belustigt erzählt sie, daß man vielerorts noch vor einem Jahre offensichtlich geglaubt habe, sie werde bald den Versuch aufgeben, das Vielerlei und das Durcheinander in der deutschen Gesundheitspolitik zu entrümpeln. Bald hätten jedoch die entscheidenden Organisationen des deutschen Gesundheitswesens erkannt, daß sie sich durch nichts entmutigen lasse. Sie ist davon überzeugt, daß sich die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer umfassenden und als allgemeine Gesellschaftspolitik gekennzeichneten Gesundheitspolitik sehr bald erweisen werde. Sie freut sich, sagt Käthe Strobel, daß sie immer häufiger zu Vorträgen über diese Thematik aufgefordert werde, denn das zeige, wie sehr man in der Bundesrepublik endlich begreife, von welchen Voraussetzungen eine moderne Gesundheitspolitik ausgehen müsse, um den Vorstellungen, die eigentlich jeder vernünftige Mensch von ihr hat, gerecht werden zu können. Natürlich weiß Käthe Strobel, daß manche ihrer Pläne einfach deswegen nicht bald verwirklicht werden können, weil es gerade jetzt noch zahlreiche Finanzprobleme in der Gesundheitspolitik zu lösen gibt, die sie nicht ignorieren darf.

Andererseits - so sagt sie - müsse der Gesundheitsminister aber immer wieder darauf hinweisen, daß die Schäden, die unser Volk und damit auch unsere Wirtschaft z.B. durch eine nicht ausreichende Gesundheitsvorsorge erleide, ins Unermeßliche steigen würden und auch immer größere finanzielle Belastungen für die Gemeinschaft mit sich bringen. Je eher man also - das ist Käthe Strobels feste Überzeugung - die Gesundheitspolitik als moderne Gesellschaftspolitik betrachtet und hierfür auch die notwendigen Voraussetzungen schafft, um so besser werde das für die gesamte Bevölkerung in der Bundesrepublik sein.

Sogar Zeit für persönliche Dinge

Die kleine energische Frau läßt sich im Gespräch kaum anmerken, wie sehr sie von dieser gewaltigen vor ihr noch stehenden Aufgabe gepackt ist. Man hat ihr einen Berg von Problemen auf die Schultern

geladen und doch findet sie noch Zeit für persönliche Dinge. Seit 15 Jahren hat sie den Führerschein und fährt immer noch begeistert ihren Wagen. Ihr Mann, Angestellter in Nürnberg, und ihre beiden Töchter, die nun schon seit einigen Jahren verheiratet sind und zum Teil selbst Kinder haben, werden mit ihren rein persönlichen Problemen in das Gespräch mit einbezogen.

Es ist charakteristisch für sie; auch wenn Käthe Strobel von ihrer Familie spricht, kann sie sich von der Politik nicht ganz trennen. Am Beispiel dieser oder jener Sorge eines Familienmitglieds erläutert sie, manchmal mit einem Nebensatz, eine gesellschaftspolitische Frage. Sie sagt übrigens auch von ihren Ministerkollegen, daß gelegentlich bei der Unterhaltung über persönliche Dinge ein gesellschaftspolitisches Problem oder eine allgemeine gesundheitspolitische Frage auftaucht. Am Erlebnis im eigenen persönlichen Bereich wird oft eher - so meint Käthe Strobel - die Unzulänglichkeit oder gar Rückständigkeit eines Gesetzes erkannt, als mit Hilfe einer langatmigen juristisch nachhallen Seiten abgesicherten Erklärung.

Wenn sie das sagt, lächelt Käthe Strobel spitzbübisch, als wenn sie sich freut, daß sie auf diese Weise und mit dieser Methode schon manchem ihrer im Dienst ergrauten und mit hohen akademischen Würden ausgezeichneten Ministerialbeamten einen Schritt bei der rein fach- und sachbezogenen Arbeit weitergeholfen hat.

"Frau in der Politik"?

Diese Frau strahlt ein natürliches Selbstbewußtsein aus, und wenn man sie gar danach fragt, ob sie als Frau in der Politik gegenüber den doch meist viel robusteren Männern häufiger Schwierigkeiten habe, dann lacht sie nur. "Frau in der Politik" - diese Kennzeichnung einer politisch aktiven Frau kommt ihr so vor, als wolle man bewußt Barrieren aufbauen. Dabei sei doch das ganz einfach, meint sie. Wenn eine Frau im öffentlichen Leben etwas leistet, wenn sie Wissen mit Sinn für Realitäten verbindet und wenn sie außerdem keine Angst davor hat, im richtigen Augenblick das richtige Wort zu sagen, dann sind die meisten Männer bereit, dieser Frau nicht nur Respekt entgegenzubringen, sondern auch auf ihren Rat zu hören. Die es nicht tun, sagt Käthe Strobel, die zählen ja wohl nicht.

Mit diesen wenigen Worten ist für den Bundesgesundheitsminister das Problem "Frau in der Politik" zu den Akten gelegt. Angst vor den männlichen Kollegen hat diese Frau wirklich nicht. Sie hat es in ihrer langjährigen politischen Tätigkeit bewiesen.